Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief #108
28. Jahrgang | März 2021

Liebe Freundinnen und Freunde,

vielleicht überrascht es, dass wir uns in diesem Rundbrief ausführlich mit Kriegsdienstverweigerung beschäftigen. Spielt doch dieses Thema in unserem Land seit der Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 2011 allenfalls noch eine ziemlich nebensächliche Rolle. Vorbei sind seither die Zeiten, in denen Jahr für Jahr hunderttausende junge Männer von dieser Problematik betroffen waren. Es kommen jedoch gerade Impulse aus unterschiedlichen Richtungen auf uns zu, auf die wir mit einem eigenen neuen Projekt antworten wollen.

Da ist zunächst einmal das im vergangenen Herbst erschienene Buch unseres Fördermitglieds Helmut Kurz „In Gottes Wahrheit leben. Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg". Schon seit Jahren wusste ich davon, dass Helmut Kurz an diesem Buch arbeitet. Und dann hat es mir dankenswerter Weise Wiltrud Rösch-Metzler, Mitherausgeberin und Vorsitzende von *pax christi Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart*, geschenkt. Der Autor hat mit akribischer Recherchearbeit die Lebensgeschichten von 22 christlichen Kriegsdienstverweigerern im Zweiten Weltkrieg ergründet. Dabei sind ihm einfühlsam geschriebene Lebensgeschichten von Menschen gelungen, die dem verbrecherischen Nazi-Regime und dessen Krieg ein klares „Nein" entgegensetzten und dafür ihr Leben riskierten. Tatsächlich sind von den 22 porträtierten Kriegsdienstverweigerern bis auf sechs alle für ihre konsequente Haltung ermordet worden.

Persönliche Geschichten von Kriegsdienstverweigerern

Ein paar Tage vor Weihnachten kam mein Jugendfreund Thomas Krischer auf mich zu. Er habe vor einiger Zeit angefangen, biografisch zu schreiben. Dabei sei unter anderem ein Text über seine Kriegsdienstverweigerung entstanden, den er mir zukommen ließ. Außerdem hat er sein Interesse geäußert, dass es für solche biografischen Geschichten eine Möglichkeit zur Veröffentlichung geben solle. Kurz darauf hat er uns eine weitere KDV-Geschichte eines Freundes zugesandt.

Katrin und ich haben darüber gebrütet, dann mit Thomas an seiner Geschichte weitergearbeitet. Zwischenzeitlich hatte ich mich ebenfalls hingesetzt und meine eigenen Erfahrungen aufgeschrieben, die in einem langen und äußerst schmerzhaften Umweg über die begonnene Grundausbildung, vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr wegen „vorübergehender Dienstunfähigkeit", schließlich zu einer späten Kriegsdienstverweigerung geführt haben. Nachdem uns dann in kurzer Zeit schon drei fertige KDV-Geschichten vorlagen, überlegten wir, daraus ein Projekt mit Veröffentlichungen auf einer Internetseite zu machen. Wir konnten uns die sehr persönlichen und schon absehbar sehr unterschiedlichen Geschichten als gute Ermutigung vorstellen.

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Einblick in den Alltag**
- **10 Jahre Super-GAU in Fukushima**
- **Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg**
- **Buchbesprechung: „Gegen mein Gewissen"**
- **Lebenshaus-Projekt: Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten**



Neue Website des Lebenshauses:
„Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten"

Weitere Infos auch unter
www.lebenshaus-alb.de



Auf diesem historischen Bild einer Aktion in Rastatt im Jahr 1978 ist ein Transparent der ältesten und größten deutschen Friedensorganisation zu sehen, der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). Die DFG-VK hat seit der Wiedereinführung der Wehrpflicht 1956 bis zu ihrer Aussetzung 2011 Hunderttausende junger Männer beraten und sie bei ihrer staatlichen Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nach Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz begleitet.

Und genau in die Phase dieses Nachdenkens stieß ich auf das Buch „Gegen mein Gewissen“ der jungen Autorin Hannah Brinkmann. Sie erzählt die Geschichte ihres Onkels, des Kriegsdienstverweigerers Hermann Brinkmann. Er musste sich, wie in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik zehntausende andere Kriegsdienstverweigerer, einer schikanösen Gewissensprüfung unterziehen. Nachdem sein Antrag 1973 abgelehnt worden war, wurde er zur Bundeswehr eingezogen und es begann eine qualvolle Zeit für den Rekruten, der schließlich im Suizid seinen einzigen Ausweg sah. Hannah Brinkmann ruft in detailreichen Zeichnungen diese Phase bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte ins Gedächtnis zurück. Sie erinnert an einen Menschen, der für seine pazifistische Gesinnung starb. Und sie ruft die heute fast vergessenen Debatten der Nachkriegszeit in Erinnerung, als die Diskussion um die Wehrpflicht in der Bundesrepublik hohe Wellen schlug.

Natürlich ist das, was Kriegsdienstverweigerern in der Bundesrepublik widerfahren ist, nicht einfach mit dem Schicksal zigtausender von NS-Organen zum Tode verurteilter Kriegsdienstverweigerer und Deserteure vergleichbar. Doch gibt es Zusammenhänge. Denn dass das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung im Grundgesetz verankert wurde, hatte ja gerade auch mit dem Schicksal der verweigernden und desertierenden Männer des Zweiten Weltkriegs zu tun. Und in der Bundesrepublik entsprang bei vielen jungen Männern ihre Motivation zur Verweigerung des Kriegsdienstes der Erkenntnis, wieviel Brutalität, Tod, Elend, Mord, Zerstörung der Zweite Weltkrieg hervorgerufen hatte und Kriege wie der Vietnamkrieg und andere hervorriefen. Deshalb ihre Weigerung, eine Waffe in die Hand zu nehmen. Und dafür nahmen sie auch Schikanen und Spott auf sich.

Projekt: „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten“

Doch warum heute darüber nachdenken und sich der Schwierigkeiten und des Unrechts erinnern, das früheren Generationen widerfahren ist?

Wiltrud Rösch-Metzler und Reinhold Gieringer schreiben als Herausgeber im Vorwort des Buches von Helmut Kurz: “Um die Probleme der Gegenwart zu meistern, ist es unabdingbar, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und Lehren aus ihr zu ziehen. Die Grundlage dafür ist Erinnern.“ Dieses Erinnern gilt sowohl für die überaus grausige Epoche unter der nationalsozialistischen Diktatur als auch für die früheren Jahrzehnte der Bundesrepublik mit Wehrpflicht und Gewissensinquisition für Kriegsdienstverweigerer. Indem Hannah Brinkmann betont, dass gerade auch für die jüngere Generation die Erinnerung an diese frühere bundesdeutsche Epoche wichtig sei, war dies für uns die letzte Gewissheit, dass unser Projekt Sinn macht und wir es unbedingt starten sollten.

Konkret geht es nun darum, auf einer neuen Website persönliche Geschichten von Kriegsdienstverweigerern zu veröffentlichen. Wir hoffen, dass das zur Ermutigung sowohl von Betroffenen wie auch von Außenstehenden beitragen kann. Erinnern kann uns Kraft geben für unser Engagement für eine andere, gerechtere, friedvollere Welt. Wir wollen ebenfalls sichtbar machen, welchem Unrecht wehrpflichtige junge Männer insbesondere bis 1983 oftmals ausgesetzt waren, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland den Kriegsdienst verweigern wollten. Gleichzeitig geht es uns darum, damit den wichtigen Beitrag der Kriegsdienstverweigerung zu einem zivilisatorischen Fortschritt zu würdigen, indem sich Hunderttausende Männer geweigert haben, sich an der Waffe zum Töten ausbilden zu lassen.

Das ist gerade angesichts der in Deutschland periodisch aufflackernden Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht von Bedeutung, wie sie zuletzt von der Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) gefordert wurde. Auch bei Meinungsumfragen spricht sich eine Mehrheit dafür aus, die allgemeine Wehrpflicht wiedereinzuführen. Dass in unserem Land wieder junge Menschen ins Militär gezwungen werden, dem wollen wir gerne entgegenwirken.

Menschenrecht Kriegsdienstverweigerung

Kriegsdienstverweigerung gibt es aktuell in Staaten sowohl mit als auch ohne Wehrpflicht. In Deutschland verweigern jährlich ca. 300 Soldatinnen und Soldaten den Kriegsdienst, wobei nur rund die Hälfte anerkannt wird. Und weltweit werden Menschen gegen ihren Willen zum Kriegsdienst gezwungen oder wegen Verweigerung verfolgt und inhaftiert, z.B. in Südkorea, Singapur, Tadschikistan, der Türkei, Israel und Kolumbien. Hier stellt sich die Aufgabe, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung durchzusetzen und die Lage der Verweigernden zu verbessern, die oft heftig sanktioniert werden. Für diese Kriegsdienstverweigerinnen und Kriegsdienstverweigerern leistet das Kriegsdienstverweigerer-Netzwerk *Connection e.V.* hervorragende Solidaritätsarbeit, die wir

als *Lebenshaus* unterstützen, indem wir über Einzelschicksale informieren und Kampagnen mittragen.

Ein Skandal ist es, dass oftmals Männer und Frauen in Asylverfahren abgelehnt werden, die gerade in Kriegsgebieten unter großen Risiken die Teilnahme am Krieg und an Kriegsverbrechen verweigern, wie z.B. in Syrien. Ihre Verfolgung muss als Asylgrund gelten, sie dürfen auf gar keinen Fall abgeschoben und an die Kriegsherren ausgeliefert werden!

Im 21. Jahrhundert ist die Kriegsdienstverweigerung auf internationaler Ebene noch immer nicht als Menschenrecht anerkannt. Aus friedenspolitischen und menschenrechtlichen Erwägungen wäre ein international anerkanntes Menschenrecht Kriegsdienstverweigerung wichtig. Sowohl um den Eingriff des Staates in die Freiheit der einzelnen Person abzuwehren. Aber auch, um sich mit der Kriegsdienstverweigerung für die Überwindung von Kriegen und militärischer Einsätze zu beteiligen. Es geht dabei um ein Menschenrecht, das ausnahmslos für alle gilt, unabhängig von Gesinnung und Charaktereigenschaften sowie Bestrafung, wenn dieses Recht in Anspruch genommen wird.

In diesem Rundbrief stellen wir das neue Projekt „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten“ ausführlicher vor. Und ebenfalls die wichtigen Bücher von Helmut Kurz und Hannah Brinkmann.

Das vergangene Jahr hat uns noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig gelebte Solidarität und Menschlichkeit ist. Obwohl uns die Corona-Krise weiter begleiten und in manchem einschränken wird, hoffen wir, gemeinsam weitere Schritte in Richtung einer friedvolleren, gerechten und solidarischen Welt gehen zu können.

Mit herzlichen Grüßen

Euer / Ihr



Michael Schmid

Bitte um weitere Unterstützung

An dieser Stelle möchten wir Ihnen und Euch danken, dass unser Verein für wichtig und unterstützenswert gehalten und unsere Unabhängigkeit geschätzt wird. Wir werden mit ganzer Kraft weiterarbeiten, um unsere Anliegen umsetzen zu können.

Dabei sind wir weiter **auf Ihre und Eure Unterstützung und Solidarität angewiesen.** Wir freuen uns über jede Unterstützung, gerne mit einer Einzelspende oder gar einer regelmäßigen Spende oder Fördermitgliedschaft. Wer sich speziell am Solidarfonds „Grundeinkommen Friedensarbeit“ beteiligen möchte, aus dem die Stelle von Michael Schmid als „Referent für Friedensfragen“ finanziert wird, sollte dazu bitte das entsprechende Stichwort angeben.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützen!

Terminübersicht

07. März 2021 13:00 Uhr Start Bahnhof Kirchheim am Neckar - Demonstration zum AKW Neckarwestheim: „**10 Jahre Super-GAU in FUKUSHIMA. Energiewende-Demo**” Ein breites Bündnis von Organisationen und Initiativen unterstützt diese Aktion, darunter auch *Lebenshaus Schwäbische Alb*. Infos: www.endlich-abschalten.de.

19. März 2021 Fridays for Future: **Globaler Klimastreiktag**. Dieses Mal geht es wieder auf die Straßen. Infos unter: https://fridaysforfuture.de/save-the-date. *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt die Demos von *Fridays for Future*.

03. April 2021 12:00 Uhr in Stuttgart: **Ostermarsch 2021 Baden-Württemberg: „Abrüsten! Für den Frieden, für das Klima, für die Menschen!“** Veranstalter ist das Friedensnetz Baden-Württemberg. *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt den Ostermarsch.

05. April 2021 Überlingen: **Internationaler Bodensee-Friedensweg: „FRIEDENS KLIMA“ – Abrüsten und Klima schützen.** Der Internationale Bodensee-Friedensweg wird von rund 100 Organisationen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland organisiert und unterstützt, u.a. von *Lebenshaus Schwäbische Alb* Infos: www.bodensee-friedensweg.org.

16. Okt 2021 10:00 Uhr evang. Gemeindehaus Gammertingen: **9. Tagung „We shall overcome! Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“**, u.a. mit Klaus Pfisterer, Karen Hinrichs und Thomas Gebauer. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

Nachrichten aus dem Lebenshaus



Wir freuen uns, dass Atomwaffen seit dem 22. Januar 2021 verboten sind! An diesem Tag trat der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Auch wenn der Weg noch weit ist, so ist das ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Welt ohne atomare Massenvernichtungsmittel. Lebenshaus Schwäbische Alb hat sich zu diesem Anlass an verschiedenen Aktivitäten beteiligt, u.a. an einer Aktion, in der bundesweit 1200 Flaggen mit der Aufschrift „Atomwaffen sind verboten" ausgehängt wurden.

Mehr zum Atomwaffenverbotsvertrag auf der Lebenshaus-Website unter folgendem Kurzlink: https://ogy.de/oy9d

Tagung im Herbst 2021

Es ist nun bereits die neunte Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht", die wir für das Wochenende 16./17. Oktober 2021 vorbereiten. Wir freuen uns sehr, dass wir folgende Referierende gewinnen konnten:

Karen Hinrichs; sie ist seit 2020 als Pfarrerin der Evangelischen Landeskirche in Baden Geschäftsführende Direktorin des Friedensinstituts Freiburg der Evangelischen Hochschule Freiburg; ihr Friedensengagement begann 1978 mit ihrer Unterschrift unter die Selbstverpflichtung von „Ohne Rüstung Leben"; seither ist sie in der Friedensarbeit aktiv, hat 1984 gemeinsam mit anderen die „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden" ins Leben gerufen, ist Mitglied und Mitgründerin weiterer Friedensinitiativen und eine der Initiator*innen des Friedenswegs der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Thomas Gebauer; bis Februar 2021 war er Sprecher der *stiftung medico international*; von 1996 bis 2018 war er Geschäftsführer der Menschenrechts- und Hilfsorganisation *medico international*, die Hilfe für Menschen in Not leistet und an der Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung arbeitet; als Zivildienstleistender ist er Ende der 1970er Jahre zu medico gekommen; zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Fragen der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik und die sozialen Bedingungen globaler Gesundheit.

Klaus Pfisterer; er war hauptberuflich bis zu seiner Pensionierung 2018 Sonderschullehrer; seit 1972 ist er Mitglied der *Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)*, aktuell ist er einer der Landessprecher in Baden-Württemberg; 1983 war er drei Monate lang im Aktionsbüro zur Vorbereitung der Menschenkette gegen Atomraketen von Stuttgart nach Neu-Ulm; seit 1980 verfolgt er den Einfluss des Verteidigungsministeriums auf die verschiedenen Bildungseinrichtungen, insbesondere in Baden-Württemberg und gilt als ausgewiesener Fachmann auf diesem Gebiet.

Wie in den vergangenen Jahren werden Gabriele Lang und Bernd Geisler wieder das Tagesprogramm musikalisch bereichern.

Eine öffentliche Abendveranstaltung bereiten wir noch vor.

Am Sonntag wird wieder eine **Wanderung auf der Schwäbischen Alb** angeboten. Damit besteht die Möglichkeit, in Bewegung und in Gemeinschaft mit anderen das am Vortag Gehörte und Erlebte setzen zu lassen oder auch Gedanken darüber mit anderen auszutauschen. In herrlicher Landschaft kann die Natur genossen und es kann entspannt werden...

Dem nächsten Rundbrief werden wir einen Flyer mit dem gesamten Programm des Tagungswochenendes am 16./17. Oktober beilegen.



Tagung 2019 mit Nirit Sommerfeld

Flüchtlingslager in Lipa evakuieren und Schutzsuchende aufnehmen

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V. unterstützt einen Aufruf, der von mehr als 140 Organisationen unterschrieben wurde. Darin wird ein Stopp der gewaltsamen und illegalen Rückweisungen von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen und ein freier Zugang aller Menschen zu einem fairen Asylverfahren in der EU gefordert. Gleichzeitig verlangen die den Aufruf unterstützenden Organisationen von der Bundesregierung, Schritte zur Evakuierung der Schutzsuchenden in Bosnien-Herzegowina zu unternehmen, zumal in Deutschland Länder und Kommunen zur Aufnahme bereitstünden.

Anlass für den Aufruf dieses Initiativbündnisses ist die katastrophale Situation der Menschen im Flüchtlingslager Lipa. Nach Ansicht der unterzeichnenden Organisationen tragen hier Deutschland und die EU durch ihre Abschottungspolitik eine Mitschuld an der systematischen Verletzung der Rechte von Menschen auf der Flucht an den europäischen Außengrenzen. Und mit den systematischen Rückweisungen von Flüchtlingen aus Kroatien habe die EU die humanitäre Notlage in Bosnien überhaupt erst geschaffen, betonen die Unterzeichner.

Nach dem verheerenden Brand im Camp Lipa im Nordwesten Bosnien-Herzegowinas würden die schutzsuchenden Menschen in einer humanitären Notsituation leben. „Statt Verantwortung zu übernehmen, verspricht die EU nur weitere finanzielle Unterstützung und schiebt die Verantwortung an die Behörden in Bosnien ab“, betont der Aufruf.

Scharf kritisieren die unterzeichnenden Organisationen aber auch die Unterstützung der Bundesregierung für die kroatische Grenzpolizei, die die Flüchtlinge mit brutalen Methoden zurück nach Bosnien-Herzegowina dränge, was von Amnesty International als Folter eingestuft werde. „Die Lage an den europäischen Außengrenzen ist lebensbedrohlich. Deutschland kann und muss handeln, schon allein, um geltendes Recht einzuhalten“, machten die Organisationen in dem Aufruf deutlich.

Zivilgesellschaftliches Bündnis kritisiert Coronahilfen für arme Menschen als unzureichend



Ein breites Bündnis aus 41 Gewerkschaften und Verbänden bewertet den von der Großen Koalition in Aussicht gestellten Einmalzuschlag in Höhe von 150 Euro für arme Menschen als “Tropfen auf den heißen Stein”. Die Organisationen haben eine breite Unterschriftensammlung gestartet, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, endlich armutspolitisch wirksame Soforthilfen auf den Weg zu bringen.

Die Covid-19-Pandemie mit all ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen treffe “die Ärmsten in der Gesellschaft besonders hart”, heißt es in dem heute veröffentlichten Appell, und ausgerechnet die Ärmsten seien es, die nunmehr seit Beginn der Krise vor fast einem Jahr “noch immer auf angemessene Unterstützung” warten.

Das Bündnis fordert die zügige Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro für alle Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen wie etwa Hartz IV angewiesen sind. “Denn schon vor Corona fehlte es den Armen an Geld für eine ausgewogene, gesunde Ernährung und ein Mindestmaß an sozialer, politischer und kultureller Teilhabe”, heißt es in dem Appell. Darüber hinaus brauche es statt einer Einmalzahlung für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfszuschlag in der Grundsicherung von 100 Euro pro Kopf und Monat, um zusätzliche corona-bedingte Kosten auszugleichen.

Der Appell wurde initiiert von einer breiten Allianz, die von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, über Kultur, Wohnen, Umwelt bis zu Selbsthilfe, Gesundheits- und Menschenrechtsorganisationen reicht. *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* unterstützt diesen Appell. Das Bündnis ruft Bürgerinnen und Bürger auf, mit ihrer Unterschrift unter den Appell “Corona trifft Arme extra hart - Soforthilfen jetzt!”, politisch Druck zu machen, damit auch die Ärmsten - ob arme Alte und Pflegebedürftige oder Kinder, Arbeitslose, Flüchtlinge oder Erwerbsgeminderte - die Corona-Krise gut überstehen können.

Aufruftext und Möglichkeit der Unterzeichnung ab sofort unter anderem hier mit folgendem Kurzlink: https://ogy.de/76d6

Am 25. Januar 2021 war weltweiter Protest- und Aktionstag gegen den Krieg im Jemen



Seit 2015 tobt der Krieg in Jemen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen starben durch den Krieg bereits mehr als 233.000 Menschen und in Jemen herrscht die schlimmste humanitäre Situation weltweit – fast zehn Millionen der insgesamt 29 Millionen Einwohner*innen Jemens sind akut von Hunger bedroht, laut dem UN-Welternährungsprogramm sei in einigen Regionen fast jedes dritte Kind unterernährt und die Cholera-Epidemie sowie die Covid19-Pandemie verschärfen die Lage. Nichtsdestotrotz genehmigte die Bundesregierung auch im Jahr 2020 wieder Rüstungsexporte an Länder, die Teil von der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition und somit in den Krieg in Jemen verwickelt sind.

385 Organisationen aus 28 Ländern haben sich dem in den USA initiierten Aufruf zu einem internationalen Aktionstag gegen den Krieg im Jemen angeschlossen, darunter *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* Damit ist dies die größte internationale Antikriegskoordinierung seit der Kampagne gegen den Irakkrieg 2003. Dieser Protest sollte nur wenige Tage nach der Amtseinführung von Joe Biden stattfinden, der versprochen hat, die Unterstützung der USA für den Krieg zu beenden. Dies ist das zentrale Ziel: ihn an sein Wort zu halten und andere Regierungen zu zwingen, diesem Beispiel zu folgen. Zehntausende von Menschen sind dem Aufruf gefolgt und haben am 25. Januar weltweit auf den Straßen protestiert, zehntausende weitere haben sich Online-Kundgebungen angesehen.

In dem Aufruf „Die Welt sagt Nein zum Krieg im Jemen“ heißt es u.a.:

„Seit 2015 haben die von den Saudis angeführte Bombardierung und Blockade des Jemen Zehntausende von Menschen getötet und das Land verwüstet. … Der Krieg ist nur möglich, weil westliche Länder - und insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien - Saudi-Arabien weiterhin bewaffnen und den Krieg militärisch, politisch und logistisch unterstützen. Westliche Mächte sind aktive Teilnehmer und haben die Macht, die akuteste humanitäre Krise der Welt zu stoppen. Die Katastrophe im Jemen ist von Menschen verursacht worden. Sie wird durch den Krieg und die Blockade verursacht. Sie kann beendet werden.

Menschen und Organisationen aus den USA, Großbritannien, Australien, Bangladesch, Kanada, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Polen, Spanien und der ganzen Welt vereinen sich, um ein Ende des Krieges im Jemen und Solidarität mit dem jemenitischen Volk zu fordern und Solidarität mit den Menschen in Jemen zu zeigen.

Von unseren Regierungen fordern wir sofort: Das Ende von ausländischer Gewalt gegen Jemen; Beendigung der Rüstungs- und Kriegshilfe für Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate; Aufhebung der Blockade gegen Jemen und Öffnung aller Land- und Seehäfen; Wiederherstellung und Ausweitung der humanitären Hilfe für die Menschen von Jemen.“



Großplakate können in den Zeiten der Pandemie die zentrale Botschaft vermitteln, die von der Fukushima-Katastrophe ausgeht. .ausgestrahlt und das Umweltinstitut München bestücken deshalb rund um den 10. Jahrestag in möglichst vielen Orten in Deutschland Großplakatwände. Lebenshaus Schwäbische Alb hat dafür gesorgt, dass am Ort seines Vereinssitzes in Gammertingen die Forderung „10 Jahre Fukushima: Alle Atomkraftwerke abschalten!“ mit einem Großplakat sichtbar ist.

Einblick in den Alltag im Lebenshaus

Von Katrin Warnatzsch, Soziale Friedensarbeit

Corona-Zeit: an einem Montagmorgen mitten im tiefsten Winter

Am ersten Tag nach den Weihnachtsferien sind Schulen derzeit wegen Corona alle geschlossen. Als deshalb die Berufsschule über die Lernplattform „Moodle“ im Internet besucht werden sollte, stand ein junger Afghane um 7:45 Uhr verzweifelt an unserer Haustür. Es bestünde Anwesenheitspflicht für ihn in der Schule. Er nimmt die Vorbereitung auf seinen Ausbildungsgang als Verkäufer sehr ernst und will sich keine Fehler erlauben. Wie aber soll er nun Anwesenheit nachweisen, wenn er weder Internetzugang herstellen noch die Schule telefonisch erreichen könne?

Wir konnten ihm auch nicht helfen. Die „Moodle“-Plattform war, wie sich später herausstellte, wegen des Ansturmes der Schüler an diesem Tag und einer Panne zusammengebrochen. Das Problem blieb zunächst für den afghanischen Berufsschüler ungelöst.

Von einem Zimmer aus bei uns mit Internetzugang versuchte er den ganzen Vormittag lang vergebens, seine Schule wenigstens telefonisch zu erreichen. Dann hat er mit dem Chef des Einkaufsmarktes, in dem er die Ausbildung zum Verkäufer machen will, vereinbart, zur Arbeit zu gehen.

Während Homeschooling muss der Schüler über Internet Kontakt zur Schule herstellen und dafür braucht er ein Tablet oder einen PC. Sein PC ist so alt, dass er kein Internet installieren kann, zudem gibt es in seiner Wohnung im Nachbarort keine ausreichend stabile Internetverbindung. Er hatte den alten PC nur benutzt, um das Tippen zu erlernen.

Ich trug ihm auf, sich direkt an die Schule zu wenden. Von dort erhielt er schließlich ein Tablet als Leihgabe. Darüber ist er nun ganz glücklich. Um sein durch den anhaltenden Lockdown und die geschlossene Berufsschule weiter bestehende Problem zu lösen, machten wir ihm das Angebot, dass er im *Lebenshaus* lernen kann.



Nun teilen wir an zwei Tagen in der Woche das W-Lan des *Lebenshauses* mit ihm. Er kommt dann frühmorgens zu uns und verbringt lernend viele Stunden in einem kleinen Zimmer im Dachgeschoss des *Lebenshauses*. Muss er am nächsten Tag in der Frühe oder auch bis spät abends im Markt arbeiten, dann kann er auch bei uns übernachten, weil die Zugverbindung nach Hause marginal ist. Und weil das Lernen Hunger macht, wird er von uns mitversorgt.

Ergänzend besucht A. einen ehemaligen Lehrer am Ort, der ihn seit langem bei den Schularbeiten unterstützt. Diese Konstruktion der während des Lockdowns geschlossenen Schulen soll ihm helfen, fit für die Ausbildung zu werden. Dass er bereits so weit gekommen ist, ist ein sehr großer Schritt für ihn, konnte er doch in seiner Kindheit und Jugend nicht zur Schule gehen, war also Analphabet. Hier in Deutschland hat

Erfolgreiche Unterstützung von Klageverfahren

Seit Anfang 2016 waren und sind 17 afghanische junge Männer dauerhaft im *Lebenshaus* zur Begleitung ihrer Klageverfahren gegen ihre abgelehnten Asylbescheide. Für die meisten haben wir die Fachanwälte Ullrich und Oskar Hahn aus Villingen mit der Vertretung im Klageverfahren vermittelt. Unsere Zusammenarbeit ist intensiv und erfreulich. Ein weiterer Fachanwalt aus Reutlingen betreute zwei als unbegleitete minderjährige Eingereiste.

Für die Begründung der Klagen hatte Katrin Warnatzsch mit diesen 17 afghanischen Männern jeweils in sehr langen Gesprächen die individuellen Fluchtgeschichten herausgearbeitet und in Schriftform gebracht. Das war und ist eine teilweise sehr schwierige, nervenaufreibende Arbeit für alle Beteiligten.

Doch diese schwierige Arbeit und das lange Warten hat sich bisher in der Mehrzahl der Fälle positiv ausgewirkt. Von 17 ursprünglich anhängigen Klageverfahren haben inzwischen 16 Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen stattgefunden. Und in immerhin 13 von 16 Fällen wurden die Bescheide des BAMF durch das Gericht als fehlerhaft angesehen und aufgehoben. Im Bundesdurchschnitt lag die bereinigte Erfolgsquote bei Gericht für afghanische Geflüchtete mit rund 50 Prozent in den vergangenen beiden Jahren auch schon hoch – nahezu jeder zweite Bescheid wurde bemängelt und korrigiert. Bei den afghanischen Schutzsuchenden aus Gammertingen und Umgebung, die durch das *Lebenshaus* bei der Klage unterstützt wurden, wurde sogar in 81,25% der Klageverfahren durch das Verwaltungsgericht Sigmaringen die Entscheidung des BAMF wieder aufgehoben. Für die Betroffenen bedeutet das, dass sie sich mit ihrer erfolgreichen Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland ein Aufenthaltsrecht erstritten haben.

Dieser Erfolg zeigt, dass es richtig ist, gegen die oft schlampigen und unangemessenen Ablehnungsbescheide des BAMF zu klagen. (ms)

er Lesen und Schreiben gelernt, ist eifrig, neugierig und leistungswillig. Ihm hilft die tägliche Struktur auch während des Homeschooling, um nicht in Depressionen zu verfallen.

Für uns im *Lebenshaus* bedeutet das, auch bei Begegnungen mit ihm, wie mit den beiden anderen Mitbewohnern und anderen Unterstützung Suchenden, auf den Abstand zu achten, sich gegenseitig mit Masken zu ertragen, langsam und vorsichtig zu agieren. Unser Wohnraum liegt mitten drin, nicht abgrenzbar. Unser großes Treppenhaus ist in diesen Zeiten endlich einmal günstig, da es erlaubt, Begegnungen rechtzeitig abzuschätzen.



Was mir Mühe macht

Unter den Personen, die ich in den letzten Jahren begleitet habe, gibt es ein paar wenige, die mir wirklich Schwierigkeiten machen. Um dies möglichst zu vermeiden, frage ich zum Beispiel vorsichtig nach, wie es mit dem Geld geht, ob ihre Aufenthaltserlaubnis noch gültig ist, usw. Dann kann es sein, dass sie mir mit der augenscheinlich ganzen Körperhaltung und dem ihnen zur Verfügung stehenden radebrechenden Deutsch zu verstehen geben, dass sie ihre ungeliebten bürokratischen Angelegenheiten vollständig im Griff hätten und selbständig erledigen könnten, was Behörden so von ihnen wollen. Sprich: ich kann, lass mich!

Leider kommt es vor, dass sie mich dann Wochen später mit den nicht weiterbewilligten Sozialleistungen konfrontieren, mit der Null auf ihrem Konto, mit Druck von Behörden. Dann wachsen meine grauen Haare noch schneller…

Mir wird dann allmählich klar, dass es offensichtlich daran fehlt, die eigene Lage richtig zur Kenntnis zu nehmen. Die meiste Zeit läuft ja alles gut, man bleibt unbehelligt. Das Schicksal von Menschen aus demselben Herkunftsland, die um ihren Aufenthalt vor Gericht kämpfen müssen, nimmt man unter Umständen erst gar nicht zur Kenntnis. Grund dafür kann z.B. sein, dass man selbst sofort als Flüchtling anerkannt wurde und damit erst einmal überaus privilegiert in der eigenen Community und auch bei den Unterstützenden war. Das Leben wurde dann erst einmal als leicht und frei empfunden, im Vergleich zur eigenen Vergangenheit und der Flucht. Verdrängung von Problemen spielt natürlich auch eine Rolle.

Oder man gehörte als geflüchtete Frau zur besonders zu schützenden Personengruppe und erhielt deswegen schnell vom BAMF eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis für z.B. ein oder zwei Jahre. Die behördliche Begründung dafür war sehr kurz, was sich nicht eingeprägt hatte. Damit wurde dieser Vorgang nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Der Stress der zurückliegenden Flucht und das Einleben in der neuen Umgebung haben alle Kräfte gebunden.

Eine Aufenthaltserlaubnis kann dann mit einem rechtzeitig gestellten Antrag verlängert werden, wenn die Gründe dafür, also z.B. im Heimatland liegend, immer noch vorhanden sind. Oder die Gründe liegen in der eigenen Person, dann müsste man sie z.B. durch entsprechende Dokumente von Fachärzten weiterhin nachweisen.

Dies alles verständlich zu machen, ohne dass bei den Betreffenden genügend deutsche Sprachkenntnisse vorhanden sind, das ist sehr schwierig. Übersetzende stehen nicht zur Verfügung oder werden vielleicht nicht ernst genug genommen. Und es gibt eben auch Persönlichkeiten, die nicht mitarbeiten, die auf stur schalten, die irgendwelche Gründe dafür haben, warum sie die geforderte „Mitwirkungspflicht“ ablehnen. Es handelt sich schließlich um ganz normale Menschen, alle unterschiedlichen Charakters, aus oftmals ganz anderen Kulturen, oft ohne prägende Erfahrungen mit der Schriftlichkeit.

Warum das Ausländerrecht und die Behörden es den eingewanderten Mitmenschen so schwermachen, steht auf einem anderen – politischen - Blatt: sie sollen sich hier nicht einfach auf Dauer sicher und wohl fühlen können. Ihr Leben unter uns soll lange Zeit etwas Außergewöhnliches sein, sie sollen sich allenfalls geduldet fühlen. Und am besten wäre es, sie würden freiwillig wieder das Land verlassen.

Diese Signale kann ich natürlich nicht unterstützen. Und weil mir die Folgen vor Augen stehen, die es hat, wenn bestimmten Anforderungen nicht nachgekommen wird, raufe ich mir zeitweise einfach die Haare und meine Geduld ist am Ende.

Meistens handelt es sich auch um Menschen, die sehr im Hier und Jetzt leben, eine Vorausplanung ihres Lebens kaum in Angriff nehmen. Warum? In ihrer Heimat war das Überleben eines einzigen Tages nie selbstverständlich, ob man am Abend seine Lieben wiedersehen würde, war Glückssache. Bomben und Überfälle gehörten zum Alltag. Arbeit fand in Form von Tageslohn statt, auf öffentlichen Plätzen wurde sie täglich vergeben. Das Geld am Abend in der Tasche musste für den nächsten Tag und das Essen ausreichen. Was am darauf folgenden Tag sein würde, war unbekannt. Wozu dann etwas planen?

Über große Wünsche kam man in der Heimat, wo Gewalt, Bedrohung, Krieg und Elend herrschen, nicht hinaus. Und diese führten viele junge Menschen dann in ihrer Verzweiflung über die Landesgrenzen hinaus, auf der Suche nach mehr Sicherheit und Glück. Wer es geschafft hat, ist dann oft Hoffnungsträger für eine ganze Sippe, der Geld nach Hause zu schicken hat. Was natürlich mit Sozialleistungen nicht

wirklich machbar ist. Und auch mit prekär bezahlten Hilfsarbeiterjobs nicht. Es werden mit der Zeit Schulden angehäuft, die wiederum zu Drucksituationen führen müssen...

Es geht aufwärts, langsam, manchmal sprunghaft



M. kommt zu mir und erzählt, wie viel besser er sich inzwischen fühlt, weil sein Asylverfahren positiv entschieden wurde und er einen Abschiebeschutz erhalten hat. Er kann sich nun, endlich, auch damit befassen, eine Ausbildung zu machen. Er arbeitet in einem Stukkateurbetrieb, wo es ihm sehr gut gefällt und das Verhältnis zu Kollegen und Chef stimme. Da er ein Mensch ist, der nicht zwei Dinge parallel machen kann, konnte er nun, nach abgeschlossenem Asylverfahren, endlich auch den Führerschein auf Anhieb erwerben und hat sich ein Auto gekauft. Obwohl viele seiner Freunde um ihn herum die Fahrschule so früh wie möglich und mit zu wenig Geld angefangen hatten, konnte er dem Drang dazu widerstehen. Dafür hatte er schon monatelang Geld gespart und nun noch einen Restkredit für ein Auto vom *Lebenshaus* bekommen. Da er uns bekannt ist und wir wissen, dass er sehr zuverlässig ist, hat er diesen erhalten und bereits schon die Hälfte zurückbezahlt. „Ich bin so erleichtert und glücklich, dass mein Leben jetzt aufwärts geht!“ Strahlend und leicht, mit lächelnden Augen, sitzt er bei mir. Er weiß, dass alles harte Arbeit ist und er weiterhin auch Glück braucht. Aber das Allerwichtigste, nämlich hier in vergleichsweise sicheren Verhältnissen bleiben zu können, das beruhigt ihn zutiefst. Immer wieder bedankt er sich auch bei mir für unsere Hilfe und Unterstützung, ist sehr freundlich.

Auch für ihn ist es so, dass bei Notfällen in der Heimat sein Einkommen helfen muss, um Verwandte in ein Krankenhaus zu bringen, Medikamente zu besorgen, aus zerbombtem Haus umzuziehen. Das Damoklesschwert aus der verlorenen Heimat. Wie unendlich mühsam ist es für diese jungen Menschen, sich hier eine Zukunft aufzubauen.

Umdrehen in der Corona-Zeit

Eine Woche vor Weihnachten war ein bereits schon einmal verschobener Gerichtstermin für die Klageverhandlung eines Afghanen anberaumt worden. Nach mehreren intensiven Vorbereitungsstunden machten wir uns corona-konform in zwei Autos morgens früh auf den Weg nach Sigmaringen. Unterwegs brummte plötzlich mein Telefon. Rechtsanwalt Oskar

Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan!

Großes Bündnis verurteilt aufs Schärfste die geplante Abschiebung mitten im Lockdown in das Kriegs-und Krisengebiet Afghanistan.

Wie im Dezember letzten Jahres wieder begonnen, setzt Deutschland seine monatlichen Abschiebungen nach Afghanistan auch 2021 fort. Abschiebungen in ein Land, welches 2020 schon das zweite Mal in Folge vom Institute for Economics & Peace in seinem Global Peace Index 2020 als das gefährlichste Land der Welt eingestuft wurde. Am 31. Januar 2021 hat das Auswärtige Amt Afghanistan als Gebiet mit besonders hohem Infektionsrisiko (Hochinzidenzgebiet) ausgewiesen und als Konsequenz seine Reise-und Sicherheitswarnungen noch weiter verschärft, da Afghanistan von COVID-19 besonders stark betroffen sei und das Gesundheitssystem den Belastungen nicht standhalte.

Im September 2020 stellte das Oberverwaltungsgericht Bremen und im Dezember 2020 auch der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg außerdem fest, dass auch gesunde, alleinstehende Männer ohne soziales Netzwerk in Afghanistan nicht dorthin abgeschoben werden dürfen, da sie aufgrund der durch die Corona-Pandemie verschlechterten wirtschaftlichen Lage nach einer Abschiebung ihre elementarsten Bedürfnisse absehbar nicht decken können.

Ungeachtet dessen hat Deutschland am 9.2.2021 den nächsten Abschiebeflug nach Afghanistan durchgeführt, bei dem sich wieder viele Bundesländer beteiligt haben.

Während in Deutschland einerseits um jedes Leben gekämpft wird, werden andererseits Menschen in ein Covid19-Hochrisiko-und Kriegsgebiet abgeschoben und die lebensbedrohliche Situation dort wissentlich in Kauf genommen. Und trotz des durch den Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim ausgesprochenen, allerdings noch nicht rechtskräftigen, „nationalen Abschiebungsverbot“ hat auch die grün-schwarze Landesregierung aus Baden-Württemberg wieder nach Kabul abgeschoben.

Unter den von der Abschiebung am 9. Februar Betroffenen waren der 22jährige Hasib aus Kempten/Allgäu, der dort zur Schule ging, jobbte, Fußballspielen liebt, eine Ausbildung beginnen wollte und jetzt abgeschoben wurde, sowie der 20jährige H. aus NRW, der im Iran geboren wurde, mit neun Jahren nach Deutschland kam, noch nie in Afghanistan war und dort auch keine Angehörigen hat. Um nur zwei Schicksale zu nennen.

Der Schutz von Menschenleben während einer globalen Pandemie einzigartigen Ausmaßes kann nicht an nationalen Grenzen halt machen und vom Aufenthaltsstatus oder der Nationalität abhängen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort jegliche Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen und Menschenleben zu schützen!

(leicht aktualisierte Erklärung eines breiten Bündnisses von rund 100 Organisationen vom 09.02.2021)

Hahn schickte eine SMS, dass die Verhandlung kurzfristig abgesagt worden sei. Alle Beteiligten drehten um, schickten dem aufgeregten Asylsuchenden eine entsprechende Nachricht. Leider wissen wir bis heute nicht, wann die Verhandlung endlich stattfinden wird. Der betreffende afghanische Mann wartet nun schon fünf Jahre auf einen gesicherten Aufenthalt. Es wird ein erneuter Anlauf für eine Verhandlung mit der entsprechenden Vorbereitung nötig werden. Das ist zermürbend, für alle Beteiligten. Wenigstens hat er gute Aussichten auf ein Bleiberecht. Immer mehr ist es auch für ihn so, dass ihn die Wartezeit lähmt und eine notwendige Lebensplanung verhindert. Diesmal sind die Verhältnisse hier, in der neuen Heimat, ursächlich.

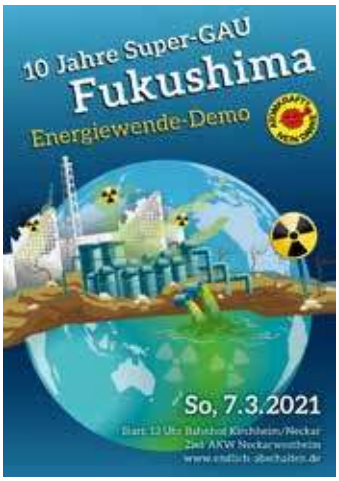
Muße in der Corona-Zeit

Vertieftes Nachdenken über unsere weitere Arbeit ist möglich geworden, weil die Besuche im *Lebenshaus* derzeit weniger sind. Es sind Zeiten entstanden, in denen wir in Ruhe ohne Unterbrechung einmal reden können, es alles langsamer und gründlicher sein kann. Ich habe dabei nicht den Eindruck, dass wir zu wenig Arbeit hätten, im Gegenteil, aber es fühlt sich anders an. Der aufgestaute Berg an Dingen, die weggeräumt oder neu sortiert werden sollen, ist noch nicht abgebaut. Neue Anregungen sind hereingekommen, die das Projekt mit der Kriegsdienstverweigerung entstehen ließen. Damit verbunden sind neue, bisher virtuelle oder schriftliche Kontakte, viel Lesen und sich Einfühlen in andere Lebensgeschichten. Unsere Phantasie wurde neu angeregt. Sitzungen mit dem Vorstand haben wir in Form von Telefonkonferenzen abgehalten.

Gesundwerden und Gesundbleiben spielt eine Rolle, aber dazu gehört auch die innere Ausgeglichenheit. Unsere schöne winterliche Umgebung nutzen wir für lange Spaziergänge und zum Laufen. Schnee hatten wir allerdings für diesen Winter schon genug. Langsam bereite ich mich auf den Frühling vor, wenigstens sehne ich mich danach. Möge es langsam wieder wärmer und bunter um uns werden.

10 Jahre Super-GAU in FUKUSHIMA

Klimaschutz & weitere Energiewende jetzt!



Ein buntes Bündnis von Organisationen ruft für 7. März 2021 zu einer Demonstration zum Atomkraftwerk Neckarwestheim und einer Kundgebung auf. *Lebenshaus Schwäbische Alb* gehört zu den Unterstützern dieser Veranstaltung.

Aufruf

Am 11. März 2011 schmolzen in Fukushima dreifach die Atomreaktoren. Es kam zu einem radioaktiven Fallout, vergleichbar mit 168 Hiroshima-Bomben. Bis heute sind die havarierten Reaktoren eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit, täglich tritt weitere Radioaktivität aus! Die japanische Regierung hat rigoros die Rückbesiedlung der Sperrgebiete durchgeführt, sie leugnet die radioaktive Gefahr. Die Verklappung von über 1 Million Tonnen an radioaktivem Kühlwasser in den Pazifik ist geplant. Olympia soll eine heile Welt ohne Strahlengefahr zeigen: Deshalb finden Wettkämpfe auch in der Präfektur Fukushima statt, und deshalb führt der Fackellauf durch verstrahlte Gebiete in Reaktornähe. Dabei treten in der Region radioaktive Hot-Spots mit einer bis zu 40-fachen Dosis auf.

Keine Verklappung von kontaminiertem Kühlwasser in den Pazifik!

Kein olympischer Fackellauf, keine Wettkämpfe in den verstrahlten Gebieten!

AKWs abschalten sofort – weitere Energiewende jetzt!

Trotz Fukushima sind in der BRD immer noch 6 Atomreaktoren in Betrieb, auch Block II in Neckarwestheim. Bei diesem wurden an allen vier Dampferzeugern gefährliche Spannungsrisse an Heizrohren festgestellt. Der beim Rückbau von Atomkraftwerken anfallende gering radioaktive Abrissmüll soll durch „Freimessen“ als Bauschutt deponiert oder gar in Neubauten oder neuen Produkten recycelt werden. Die Zwischenlager für hochradioaktiven Müll werden zu unsicheren Langzeitlagern, da selbst eine Endlagerung im nächsten Jahrhundert ungewiss ist.

Klimaschutz nur durch Energiewende möglich!

Die bisherige erfolgreiche dezentrale Energiewende bei der Stromerzeugung wird seit 2017 mit neuen Vorschriften abgewürgt. Ausschreibungszwang und jährlich gedeckelte Zubau-Korridore verhindern gezielt die weitere Energiewende. Speichertechnologien werden vernachlässigt. Atom- und Kohlestrom bremst die Energiewende aus, doch der Kohleausstieg soll erst bis 2038 kommen?! Atomenergie ist keine Klimaalternative! Klimaschutz bedeutet dezentrale Energiewende beim Strom, der Wärme und beim Verkehr. In allen Bereichen braucht es Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

- Atomausstieg sofort! - Kohleausstieg jetzt, spätestens 2030 beenden!
- die dezentrale Energiewende muss stark beschleunigt statt ausgebremst werden!

www.endlich-abschalten.de

In Gottes Wahrheit leben. Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg

Von Helmut Donat

Es gibt Bücher, die an die Nieren gehen. Sie führen uns vor Augen, wozu Menschen fähig sind. Im Guten wie im Schlechten. „Krieg ist etwas, das nicht mehr sein darf!" – forderte Hans Paasche schon vor dem Ersten Weltkrieg. Doch nicht der Frieden, sondern der Krieg galt den meisten Deutschen, vor allem den Eliten, als Ernstfall. Gewaltdenken, Schwertglauben und der Wille, die Welt zu beherrschen, zeugten Tod, Elend, Mord, Zerstörung und unermessliches Leid.



Ein Weltkrieg hat vielen unserer Vorfahren nicht gereicht. Der Botschaft des „Nie wieder Krieg!" zu folgen, waren sie nicht bereit. Unzählige Menschen sind davon betroffen gewesen. Nicht zuletzt jene, die aus religiösen, humanen oder politischen Gründen „Nein!" sagten und im Zweiten Weltkrieg den Kriegsdienst verweigerten. Ihr Schicksal und Vermächtnis in Erinnerung zu rufen, verdeutlicht uns besonders eindringlich, wohin Militarismus und Nationalismus, Juden- und Fremdenhass führen, wenn ihnen nicht rechtzeitig, entschieden und kraftvoll Einhalt geboten wird.

„In Gottes Wahrheit leben" – so der Titel eines neuen Buches von Helmut Kurz über die Kriegsdienstverweigerung im Zweiten Weltkrieg – stellt uns weitgehend unbekannte Widerständige vor. Sie gingen sehenden Auges in den Tod, wollten nicht schuldig werden und hielten an dem Tötungsverbot des christlichen Glaubens fest. Von der Militärjustiz verurteilt und zumeist hingerichtet, waren sie zuversichtlich, das Richtige zu tun und gottgefällig zu handeln. Wer ihre Abschiedsbriefe liest, wird nicht unberührt bleiben von einer Haltung, die Respekt und Achtung, ja Bewunderung abverlangt.

Was aber haben Michael Lerpscher, Richard Reitsamer, Vinzenz Schaller oder Leander Josef Zrenner veranlasst, ihrem Gewissen treu zu bleiben? Und was genau haben Franz Jägerstätter, Wilhelm Kempa oder Hermann Stöhr bewogen, Hitler die Gefolgschaft zu verwehren und lieber selber zu sterben als andere in verbrecherischen Kriegen zu töten? Es sind erschütternde Zeugnisse von Mut, Wahrhaftigkeit, Gottvertrauen und dem Festhalten an christlichen Grundwerten.

Die großen Kirchen, für einen „gerechten Krieg" und Gehorsam gegenüber der Obrigkeit predigend, ließen sie allein. Neben bekanntem Material sind erstmals Dokumente wie Briefe, Fotos und weitere persönliche Zeugnisse veröffentlicht. Des Weiteren sind in einem Kapitel die Mechanismen und Maßnahmen der Wehrmachtsjustiz beschrieben. Ebenso ist der Weg nachgezeichnet, wie nach langem Vergessen die einstmals diskriminierten und verfemten „Drückeberger", Feiglinge" und „Wehrkraftzersetzer" zu Vorbildern geworden sind und viele von ihnen heute in den Kirchen als Märtyrer gelten. Ein Buch, das noch immer weit verbreitete Vorurteile widerlegt.

Helmut Kurz (Unter Mitwirkung von Helmut Donat): Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von der Internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi, Deutsche Sektion e.V., sowie von pax christi, Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart. Mit einem Vorwort von Reinhold Gieringer und Wiltrud Rösch-Metzler. Donat Verlag, Bremen. 320 Seiten, 171 Abbildungen, 13 Historische Texte. 18 € – ISBN 978-3-943425-98-7 (= Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 47)

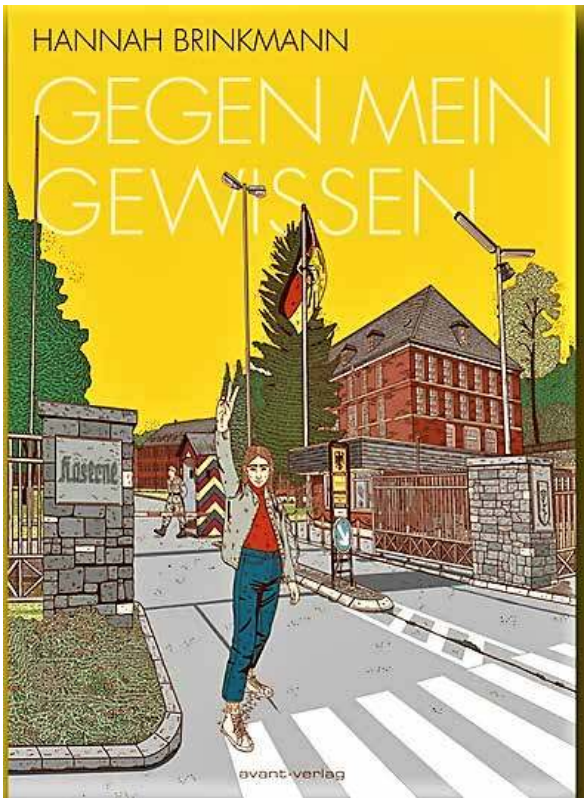


Helmut Kurz, Jg. 1938, war nach seinem Studium der Katholischen Theologie und Germanistik in Tübingen und Würzburg als Religionslehrer im gymnasialen Schuldienst tätig sowie als Ausbilder/Fachleiter für Studienreferendare im Fach katholische Religionslehre. Er ist seit 1983 als Mitglied bei *pax christi* aktiv, der internationalen katholischen Friedensbewegung. Veröffentlichungen u.a. über den Kriegsdienstverweigerer Josef Ruf sowie eines größeren Buchprojekts zur katholischen Kirche im Nationalsozialismus. Für seine religionspädagogische Arbeit ist ihm 2019 das Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Helmut Kurz ist Fördermitglied bei *Lebenshaus Schwäbische Alb*

„Gegen mein Gewissen“

Hannah Brinkmanns Onkel wurde zum Wehrdienst gezwungen – und nahm sich das Leben.

Von Michael Schmid



Als Hannah Brinkmanns Oma gestorben war, entdeckte sie beim Ausräumen eines Schrankes eine etwas vergilbte Todesanzeige, deren Inhalt ihr fortan keine Ruhe mehr ließ. Denn es geht um ihren Onkel Hermann, den sie nie persönlich kennenlernen konnte. In der Todesanzeige gibt die Familie nicht nur Hermanns Tod bekannt, sondern sie klagt die Bundeswehr an, dass sie ihn trotz eines laufenden Verfahrens auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zur Armee eingezogen hätte. „In der Nacht zum Sonntag verließ uns unser guter Sohn und unser lieber Bruder, Hermann Brinkmann“, steht darin. „19 Jahre lang hat er unser Leben bereichert. Mit großer Sensibilität ausgestattet, sah er das Unrecht und nannte es beim Namen, spürte er die Hilfsbedürftigkeit, half und war immer seinem Gewissen verpflichtet.“ Durch den Zwang zum Waffendienst habe er Depressionen entwickelt und sich deshalb in seiner Verzweiflung das Leben genommen. „Tod durch Starkstrom“. Anklagend die Frage: „Wir fragen uns, warum Hermann diesen Weg gehen mußte.“

Die Nichte Hannah sucht zu ergründen, was mit ihrem Onkel vorgefallen ist, führt Gespräche in der Familie, findet heraus, dass der Tod Hermann Brinkmanns damals in den 70ern bundesweit Schlagzeilen hervorgerufen hat, sie durchforstet Archive, Dokumente, Zeitungsanzeigen und Fotos. Und sie beschäftigt sich gründlich mit der Wehrpflicht und deren Wirkungen auf Generationen junger Männer.

Es sind gerade rund zehn Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg vergangen, als sich die junge Bundesrepublik Deutschland wieder als militärische Kraft verstand. Die 1956 neu gegründete Bundeswehr verpflichtete Generationen junger Männer zum Dienst an der Waffe. Das Grundgesetz sah vor, dass man aufgrund von Gewissensnöten den Wehrdienst verweigern konnte, aber noch zu Zeiten von Willy Brandts Kanzlerschaft galt die Kriegsdienstverweigerung als systemzersetzend.

Damals musste unter großem Druck und mit vielen Demütigungen die Gewissensnot vor Prüfungsgremien bewiesen werden. Vor Gutachtern, denen die Bundeswehr mehr galt, als das Wohl der Rekruten. Einer dieser jungen Männer war Hermann Brinkmann, ein überzeugter Pazifist, der einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hatte, der von Prüfungsausschuss und Prüfungskommission jeweils abgelehnt wurde. Obwohl noch ein Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht ausstand, wurde Hermann 1973 zur Bundeswehr eingezogen. Vergeblich wehrte er sich gegen seinen Einberufungsbefehl. Während der Grundausbildung nahm er sich das Leben …

Hannah hat zwar gewusst, dass Hermann Suizid begangen hatte. „Aber die Entscheidung, ein Buch daraus zu machen“, sagt sie in einem Interview, „entstand erst, als ich mich mit den politischen Dimensionen auseinandersetzte, erfahren habe, was Kriegsdienstverweigerern in Deutschland in dieser Zeit passiert ist. Es war Unrecht. Und umso mehr ich darüber herausgefunden habe, desto sicherer war ich mir, dass das nicht nur eine persönliche Geschichte ist, die unsere Familie betrifft. Mein Onkel Hermann steht viel mehr als ein Beispiel dafür, was meines Erachtens ein Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte ist. Das muss erzählt werden.“ (Interview mit Rudi Friedrich https://de.connection-ev.org/article-3147)

In jahrelanger Arbeit der Recherche und des Zeichnens ist Hannah Brinkmanns Buch „Gegen mein Gewissen“ entstanden. Dafür wählte sie die Form einer grafischen Erzählung, einer bebilderten Geschichte. In detailreichen Zeichnungen ruft sie diese Phase bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte ins Gedächtnis zurück. Einfühlsam arbeitet sie die Geschichte ihres Onkels auf und erinnert 46 Jahre nach seinem Tod an sein Schicksal. Sein Schicksal steht besonders herausragend für die Erniedrigung und Diskriminierung, die viele junge Männer in der Bundesrepublik über rund drei Jahrzehnte hinweg erlebt haben, wenn sie den Kriegsdienst verweigerten. Der Suizid von Hermann hat seinerzeit eine Debatte über die Rechtmäßigkeit der Gewissensprüfung ausgelöst. Zwei Jahre danach hat die sozialliberale Koalition im Bundestag erstmals einen Gesetzentwurf vorgelegt, um das Prüfungsverfahren auszusetzen. Nach sieben weiteren Jahren und mehreren Anläufen wurde die mündliche Gewissensprüfung dann zumindest für den überwiegenden Teil der Kriegsdienstverweigerer ausgesetzt. Hermann Brinkmanns Tod war einer der Gründe, die zu diesem Schritt geführt haben.

Hannah Brinkmann verbindet mit der Veröffentlichung ihres

Buches folgende Hoffnung, der ich mich gerne anschließe: „Ich wünsche mir gerade für meine Generation, die nicht mit der Wehrpflicht konfrontiert ist, dass ein Bewusstsein zu diesem Thema entsteht. Die Wehrpflicht wurde nicht einfach abgeschafft und weg ist sie. Vielmehr ist es etwas, was wir uns, was die Generationen vor uns, erkämpft haben. Es wurden auch Opfer gebracht, dass wir jetzt keine Wehrpflicht mehr haben." (Interview mit Rudi Friedrich)

Das Buch gehört in die Hände von möglichst vielen jungen Menschen. Aber es lohnt sich über alle Generationen hinweg, es zu lesen und zu betrachten. Ein sehr empfehlenswertes Buch!

Hannah Brinkmann: „Gegen mein Gewissen". Graphic Novel. Avant-Verlag, Berlin. 232 S., 30,– € ISBN 978-3-96445-040-1



Hannah Brinkmann wurde 1990 in Hamburg geboren. Sie studierte an der Hochschule für angewandte Wissenschaften grafische Erzählung bei Anke Feuchtenberger mit Auslandsaufenthalten an der Shenkar School of Engineering and Design in Tel Aviv und der EESI in Angouleme. 2017 war sie Teil des Sitka Fellows Programm in Alaska, wo sie die Recherche für ihren ersten Graphic Novel GEGEN MEIN GEWISSEN begann. 2018 konnte sie diese Recherche im Rahmen eines dreimonatigen Stipendiums des Library Innovation Labs an der Harvard Law School beenden. Ihre Comics erschienen unter anderem im Strapazin, in der taz und in Der Tagesspiegel.

Neues Lebenshaus-Projekt: Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten

Persönliche Erfahrungsberichte von Kriegsdienstverweigerern in Deutschland bis Mitte der achtziger Jahre

„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz." So steht es in Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Dass Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht ins Grundgesetz aufgenommen wurde, war eine der Antworten auf den verbrecherischen Angriffskrieg Nazi-Deutschlands und der Barbarei, mit der im „Dritten Reich" über 30.000 Deserteure und Kriegsdienstverweigerer staatlicherseits zum Tode verurteilt und davon 22.000 hingerichtet wurden.



Doch Generationen von jungen Männern wurde es dann ziemlich schwer gemacht, ihr Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4,3 GG in Anspruch zu nehmen. Es war von Anfang an ein Skandal, dass dieses Grundrecht nur auf Antrag und nach staatlicher Überprüfung verliehen oder verwehrt wurde. Dabei kann es Grundrechte mit Überprüfungsvorbehalt gar nicht geben. Grundrechte gelten unmittelbar und für jede und jeden gleichermaßen.

Jeder Wehrpflichtige, der sich jedoch weigerte, die Waffe in die Hand zu nehmen und sich zum Töten ausbilden zu lassen, musste den Ernst seiner Gewissensentscheidung sowohl in schriftlicher Begründung als auch in mündlicher Anhörung und Befragung glaubhaft machen. Dafür etablierte die Bundesregierung ein dreistufiges Prüfungsverfahren, das jedem Kriegsdienstverweigerer ein richtiges oder falsches Gewissen attestieren konnte. Die erste Instanz für den Kriegsdienstverweigerer war ein „Prüfungsausschuss" im Kreiswehrersatzamt. Vorsitzender war ein zum Richteramt befähigter Jurist der Bundeswehrverwaltung. Das Prüfungsverfahren unterlag also dem Militär. Ebenfalls die „Prüfungskammer" als zweite Instanz, vor die man bei Ablehnung gehen konnte. Wenn Kriegsdienstverweigerer auch im zweiten Verfahren abgelehnt wurden, blieb noch das Rechtsmittel der Klage vor dem Verwaltungsgericht. Trotzdem mussten Betroffene dann aber bereits zum Militär gehen, obwohl das dritte Verfahren vor einem Zivilgericht noch bevorstand. Wer auch vor dem Verwaltungsgericht abgelehnt wurde, konnte einen zweiten KVD-Antrag mit neuen Gründen stellen. Dann ging das Verfahren wieder von vorne los.

Dass die Gewissensprüfung von Gremien wahrgenommen wurde, die der Bundeswehr unterstanden, hatte natürlich Auswirkungen auf den Ablauf der Verfahren und auf die Anerkennungsquote. Ein Kriegsdienstverweigerer war oft Menschen mehr oder weniger hilflos ausgeliefert, die ihn mit unberechtigten Konfliktfragen („Fangfragen") konfrontierten und ihr Amt missbrauchten. Mit dem Begriff „Gewissensinquisition" sind diese Verfahren treffend charakterisiert.

Weithin galten Kriegsdienstverweigerer als „Drückeberger", „Faulenzer" und „Vaterlandsverräter", ihre Verweigerung als „systemzersetzend". Politik und Militär sahen darin eine Bedrohung und gingen restriktiv mit Verweigerern um. 1961 war dann erstmals ein Wehrersatzdienst eingeführt worden, doch dieser galt als „Abschreckungs-Dienst". Dieser Wehrersatzdienst wurde ab 1973 zum Zivildienst umbenannt und dauerte fortan immer einige Monate länger als der Grundwehrdienst bei der Bundeswehr - eine weitere „Bestrafung" der Kriegsdienstverweigerer. Die Verwaltung unterstand dem Verteidigungsministerium. Zivildienstleistende berichteten von autoritären Strukturen, Ressentiments und Schikane.

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer blieb bis Mitte der 60er Jahre gering. Waren es im Jahr 1966 noch 4.431 junge Männer, die einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellten, stiegen danach die Zahlen sprunghaft an, so dass es zehn Jahre später bereits 40.618 waren. Die Studentenbewegung und die Proteste gegen den Vietnamkrieg waren ab 1967 wesentliche Gründe für viele junge Männer, nun ihre Kriegsdienstverweigerung zu erklären.

Die Zahl der Anerkennungen verlief allerdings keineswegs parallel entsprechend den Antragszahlen. Im Jahr 1963 etwa wurden noch 90 % aller Antragssteller anerkannt, 1968 weniger als zwei Drittel, im Jahr 1970 erstmals weniger als die Hälfte. Bei dieser Relation verblieb die (Gesamt-)Anerkennungsquote (Prüfungsausschuss, Prüfungskammer, Verwaltungsgericht zusammengefasst) bis etwa 1983. Ab 1984 wurde das Prüfverfahren für „ungediente Wehrpflichtige" durch ein vereinfachtes Anerkennungsverfahren ersetzt. Die Anerkennungsquote im schriftlichen Verfahren beim Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) stieg auf über 90%. Bei den „Zweifelsfällen", die weiterhin vor den Ausschüssen und Kammern für Kriegsdienstverweigerung und Gerichten entschieden wurden, gab es jährlich zwischen 2.000 bis 4.000 bestandskräftige Ablehnungen.

Ulrich Finckh, drei Jahrzehnte lang Vorsitzender der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V.", zog 2007 folgendes Fazit:

„Die Bilanz der Prüfungsverfahren war verheerend. Mit Sicherheit kamen weit über eine Million Kriegsdienstverweigerer zunächst nicht zu ihrem Recht und Hunderttausende überhaupt nicht. Der Staat organisierte Unrecht und junge Menschen wurden durch die Rechtsprechung hoffnungslos überfordert. Zahllose Verweigerer wurden letztlich nicht anerkannt. Auch wenn viele über erneute Anträge, andere Dienste oder Dienstausnahmen doch noch dem Wehrdienst entkamen, war das katastrophal. Über 100.000 flohen nach Berlin, Tausende ins Ausland, Ungezählte wurden krank, Einzelne nahmen sich aus Verzweiflung das Leben, Hunderte verweigerten den Militärdienst auch ohne Anerkennung trotz Schikanen und Freiheitsstrafen. Begleitet war die Missachtung des Grundrechtes von ständigen Diffamierungen, Vorwürfen der Drückebergerei und Angriffen auf Beratungsstellen unter Berufung auf das Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz aus der NS-Zeit."

Persönliche Erfahrungsberichte von Kriegsdienstverweigerern

- Wir wollen auf der im Entstehen befindlichen Website „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten" (www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de/) sichtbar machen, welchen Schwierigkeiten und Schikanen wehrpflichtige junge Männer insbesondere bis 1983 ausgesetzt waren, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland den Kriegsdienst verweigern wollten. Eine Minderheit musste sich auch in späteren Jahren dem Gewissens-TÜV vor Prüfungsausschuss und Prüfungskammer unterwerfen.
- Wir wollen Betroffenen die Möglichkeit bieten, ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit der eigenen Kriegsdienstverweigerung aufzuarbeiten und diese auch öffentlich zu machen. Wir hoffen, dass das zur Ermutigung sowohl von Betroffenen wie auch von Außenstehenden beitragen kann. Erinnern kann uns Kraft geben für unser gemeinsames Engagement für eine andere, gerechtere, friedvollere Welt. Wir wollen damit außerdem den wichtigen Beitrag der Kriegsdienstverweigerung zu einem zivilisatorischen Fortschritt würdigen, indem sich Hunderttausende Männer geweigert haben, sich an der Waffe zum Töten ausbilden zu lassen.
- Am 1. Juli 2011 wurde die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt, seither hat die Kriegsdienstverweigerung hierzulande nur noch für aktive Soldaten und Reservisten eine Bedeutung. Mit unserer Seite soll auch verdeutlicht werden, dass das ein wichtiger Fortschritt ist. Dies ist gerade im Hinblick darauf von Bedeutung, dass einige Politiker*innen wieder eine Wehrpflicht einführen wollen.

Schreibt eure Erfahrungen auf!

Wir laden Betroffene dazu ein, uns Berichte über biografische Erfahrungen im Zusammenhang mit der eigenen Kriegsdienstverweigerung zukommen zu lassen. Wir erhoffen uns, dass dadurch ein buntes Bild ganz verschiedenartiger Erfahrungen und Wege zusammenkommt.

Zur Unterstützung für einen Bericht ein paar **Leitfragen**: *Wodurch bist du zur Kriegsdienstverweigerung gekommen? Welche Motive hattest du? Welche Unterstützung? Hast du einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nach Art. 4, 3 GG gestellt? Zu welchem Zeitpunkt? Mit welchen Folgen? Welche Erfahrungen hast du in den inquisitorischen Prüfungsverfahren gemacht? Bist du dabei als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden? Was hast du unternommen, falls dein Antrag abgelehnt worden ist? Wie hast du dich in den unterschiedlichen Stadien gefühlt? Bist du diesen ganzen Prozeduren eher alleine ausgesetzt gewesen oder hast du Unterstützung durch andere bekommen? Wie ging es nach einer Anerkennung weiter, wie nach einer Ablehnung? Wie blickst du heute mit jahrzehntelangem Abstand auf diese Erfahrungen mit deiner Kriegsdienstverweigerung zurück? Haben sie sich auf dein weiteres Leben ausgewirkt und wie?*

- Von Menschen, die uns einen Bericht zukommen lassen, wünschen wir die Bereitschaft, unter Umständen weiter an ihrem Text zu arbeiten, wenn es Rückfragen und Anregungen dazu gibt. Wir werden Berichte nur mit ausdrücklicher Genehmigung auch im Internet veröffentlichen (auf Wunsch auch evtl. mit Namenskürzel oder verändertem Namen). Andererseits kann kein Anspruch auf Veröffentlichung durch uns geltend gemacht werden.
- Bei der Veröffentlichung auf der Website werden Texte und Dokumente allgemeiner Art im Zusammenhang mit der Kriegsdienstverweigerung eingebaut. Deshalb sollte beim Verfassen persönlicher Berichte auf ganz allgemeine Ausführungen zur KDV verzichtet werden. Sonst könnte beim Lesen durch Wiederholungen in den verschiedenen Berichten schnell Langweile aufkommen. Natürlich kann aus amtlichen Schreiben durchaus kurz zitiert werden. Und eigene Schreiben können selbstverständlich ganz oder auszugsweise wiedergegeben werden. Es wäre auch möglich, Dokumente in einer PDF-Datei anzuhängen.
- Da wir die einzelnen Texte nach Geburtsjahrgängen sortieren, ist die Angabe desselben wichtig. Außerdem wäre ein Vorschlag für einen Titel zur Geschichte hilfreich.

Wir würden uns sehr über einen Bericht von dir freuen!

Katrin Warnatzsch + Michael Schmid

Kontaktadresse: *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.*, Bubenhofenstr. 3, 72501 Gammertingen, Tel. 07574 2862, E-Mail info@lebenshaus-alb.de, Website: www.lebenshaus-alb.de und www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de/

"Was ist Friedenstheologie?"

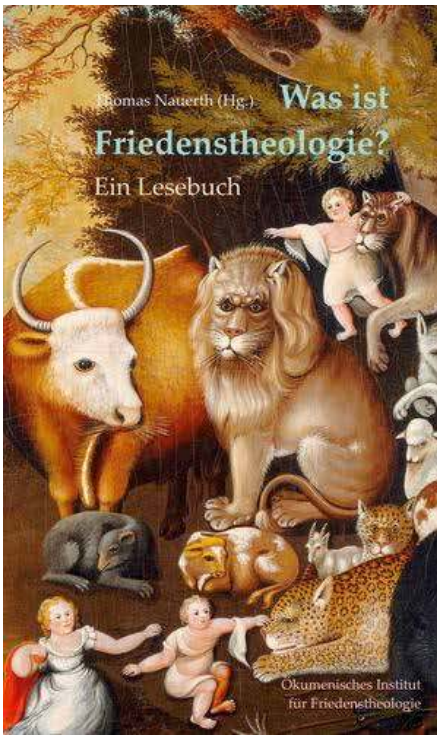
"Jede Theologie muss Friedenstheologie sein. Jede Theologie, die keine Friedenstheologie ist, ist keine Theologie, denn sie sieht Gott nicht." (Anja Vollendorf)

Das hier vorgelegte Lesebuch, eine Selbstvorstellung des noch jungen „Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie", geht der Frage nach, was diese Aussage inhaltlich bedeuten könnte. 22 Autorinnen & Autoren vermitteln ihre friedenstheologischen Ansätze und Analysen. Wie unterschiedlich die Wege des Nachdenkens über Krieg und Frieden sich theologisch auch gestalten mögen, sie führen immer zur Ablehnung von tötender (militärischer) Gewalt als einem - vermeintlich legitimen - Mittel der Politik.

„Kirche ist Kirche der Versöhnung und des von der Versöhnung her verstandenen Friedens, oder sie ist nicht." (Martin Leiner) Auch außerhalb des theologischen Diskurses, überall dort, wo die Befreiung zum Frieden in Gemeinden oder Friedensbewegungen gelebt wird und sich zu bewähren hat, muss Friedenstheologie daher verständlich und provokativ sein. Dazu dienen einige spirituelle und erzählende Texte, die den Gang der 22 theologischen Aufsätze immer wieder poetisch unterbrechen.

Ökumenisches Institut für Friedenstheologie

Das Ökumenische Institut für Friedenstheologie (OekIF) „versteht sich im Sinne einer Vernetzungsstelle friedenstheologischer Projekte als Ansprechpartnerin für Personen, Organisationen und Institutionen. Es geht um friedenstheologische Fragestellungen und Forschungsprojekte im weitesten Sinn. Klassisch-theologische Grundfragen sollen in Hinsicht auf Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit neu bedacht und artikuliert werden. Auf der Basis der Heiligen Schrift und der Zeugnisse gewaltfreier Praxis soll das Konzept aktiver Gewaltfreiheit in die kirchliche und wissenschaftlich-theologische Debatte eingebracht werden. Dazu wird der Austausch gesucht mit kirchlichen Gruppen, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung engagieren." (www.oekum-institut-friedenstheologie.de)



Thomas Nauerth / Ökumenisches Institut für Friedenstheologie (Hg.): Was ist Friedenstheologie? Ein Lesebuch (edition pace 12). 256 Seiten; Taschenbuch; Preis 9,90 €. Norderstedt: BoD 2020 - ISBN: 978-3-7526-4444-9

Die Autorinnen & Autoren

Dietrich Becker-Hinrichs, Peter Bürger, Matthias-W. Engelke, Stefan Federbusch ofm, Hildegard Goss-Mayr, Ullrich Hahn, Karen Hinrichs, Margot Käßmann, Wolfgang Krauß, Martin Leiner, Burkhard Luber, Thomas Nauerth, Gottfried Orth, Rainer Schmid, Michael Schober, Stefan Silber, Egon Spiegel, Georg Steins, Anja Vollendorf, Marie Noëlle von der Recke, Johannes Weissinger, Theodor Ziegler.

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800
IBAN: DE36430609678023334800
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

ffuenf
code • design • e-commerce

Bildnachweise:

Avant-Verlag, S. 13

Donat Verlag, S. 11

Lebenshaus, S. 4, 7, 8, 9

Screenshots, S. 1, 4, 5, 6, 7, 11, 12, 13, 15

Ulli Thiel, S. 2

Nichts ist schwerer und
nichts erfordert mehr Charakter,
als sich in offenem Gegensatz
zu seiner Zeit zu befinden und
laut zu sagen: Nein!

Kurt Tucholsky, 1921